

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 387/2016
Kiel, Freitag, 14. Oktober 2016

Bildung/Oberstufen

Anita Klahn: Der Bericht der Landesregierung ist eine bittere Bilanz der rot-grün-blauen Bildungspolitik

In ihrer Rede zu TOP 46 (Oberstufen an Gemeinschaftsschulen) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Dieser Bericht ist eine bittere Bilanz für das Prestigeprojekt der rot-grün-blauen Koalition in der Bildungspolitik. Er zeigt die Realitätsverweigerung der Regierung deutlich auf. Alle prognostizierten Probleme sind eingetreten.

So heißt es im Fazit, dass ‚das öffentliche Bedürfnis nach zusätzlichen Oberstufen als gegeben anzusehen ist‘, während am Beginn des Berichts beschrieben wird, dass das Schulgesetz zur Errichtung zusätzlicher Oberstufen erst geändert werden musste, weil das öffentliche Bedürfnis ‚eine kaum zu überwindende Hürde darstellt‘.

Die Wahrheit ist also, dass immer ausreichend Oberstufenkapazitäten vorhanden waren.

Aus der damaligen Akteneinsicht wurde deutlich, dass die Regierung sich gar nicht die Mühe gemacht hat, den Auswahlentscheidungen belastbares Zahlenmaterial zugrunde zu legen. Ministerin Wende bestätigte auch auf Nachfrage, dass ‚natürlich die Zahlen modifiziert wurden.‘

Also allein aus politischen Gesichtspunkten wurden die Oberstufen vergeben. Oder warum hat Bordesholm eine Oberstufe bekommen? In den Akten der Landesregierung wurde Bordesholm als klar nicht genehmigungsfähig eingestuft.

Warum bekam Lübeck eine weitere Oberstufe, obwohl es schon zehn Oberstufen, sieben an allgemeinbildenden und drei an beruflichen Gymnasien gab?

Warum haben Hanerau-Hademarschen, Burg und Schafflund dagegen keine Oberstufe bekommen?

Warum wurde Sandesneben erst abgesagt und hat dann doch eine bekommen? Dies wurde übrigens zuerst durch den örtlichen SPD-Abgeordneten verkündet.

Werfen wir einen Blick auf die aktuellen Zahlen. Von den 17 Schulen mit neuen Oberstufen vermelden elf Schulen für das laufende Schuljahr nur knapp 50 Schüler. Es gibt Jahrgänge in den neugeschaffenen Oberstufen mit zehn, 14 oder 19 Schülern. Es gibt eine Oberstufe (Nortorf), die insgesamt nicht einmal 80 Schüler zusammenbringt. Grundschulen in dieser Größenordnung werden geschlossen.

Grundschulkinder müssen lange Wege auf sich nehmen; junge Erwachsene bekommen dagegen die Oberstufe vor die Haustür gesetzt.

Das ist mit Sicherheit nicht unsere Politik. Anstatt weitere Oberstufen zu schaffen, wollen wir Sicherstellungszuschläge für kleine Grundschulstandorte.

Die Zahlen zeigen zudem, dass über die Jahre Schüler abgehen und die Jahrgänge schrumpfen. Im Extremfall hat ein Jahrgang zwei Drittel seiner Schüler verloren. Von 31 sind zehn übrig geblieben.

Einen Blick lohnen auch die Übergangsquoten aus der jeweils eigenen Schule in die neue Oberstufe. Drei Schulen haben eine Verdoppelung zum Vorjahr erzielt (Nortorf, Kellinghusen, HL-Burgfeld). Zwei davon haben niedrige Schülerzahlen. Bedauerlicherweise hat die Landesregierung nicht die aktuellen Übergangsquoten vorgelegt. Oder war es Absicht? Welche ‚strukturelle Maßnahme‘ führt zu plötzlicher erheblicher Leistungssteigerung?

Auch bei den Profilen gibt es Probleme. Eine einzige Schule bietet vier Profile, zehn bieten drei, der Rest hat zwei. Keine der neugeschaffenen Oberstufen hat ein sprachliches Profil, obwohl es die Verordnung vorsieht. Alle erhielten eine Ausnahmegenehmigung. Bildungspolitisch ist das, vorsichtig ausgedrückt, wenig zufriedenstellend.

Die Lehrerressourcen kann die Kollegin Erdmann drehen und rechnen, wie sie will. Wir haben nachweislich deutlich kleinere Klassenfrequenzen. Um alle Fächer abdecken zu können, werden mindestens 10,5 Lehrer mit Fakultas für die Sekundarstufe II gebraucht. Außer es werden Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Den Kommunen wurden erhebliche Investitionen zur Schaffung der neuen Oberstufen abverlangt, obwohl kein Bedarf bestand. Andere vorhandene gymnasiale Schulstandorte kämpfen mit den neuen Oberstufen um immer weniger Schüler. Es besteht die Gefahr, dass Investitionsruinen entstehen. In der Oberstufe Bordesholm beispielsweise, die mit 33 Schülern die Zielmarke deutlich verfehlt, soll zudem noch weiter investiert werden.

Wir finden Investitionen in die Bildungsinfrastruktur immer gut, aber vielleicht sollte man sich bei begrenzten Finanzmitteln auf das Richtige konzentrieren.

Abschließend möchte ich noch auf einige Zahlen aus der Studie zum Thema Lernmittel eingehen, die wir gleich diskutieren werden, aber auch für diesen Tagesordnungspunkt interessant sind. So wurden unter anderem die Kosten für Nachhilfe erhoben. Dabei liegen die Kosten für Nachhilfe an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe im Vergleich zu den anderen Schularten deutlich am höchsten. In der Oberstufe liegen die Kosten sogar mehr als doppelt so hoch wie an den Gymnasien. Auch für diese Entwicklung trägt die Regierungskoalition die Verantwortung. Einerseits den ganzen Nachhilfebereich verdammen, andererseits aber das größte Konjunkturprogramm dafür schaffen.

Guter Unterricht muss das Ziel der Bildungspolitik sein und nicht der fortgesetzte Missbrauch unserer Schulen als großes ideologisches Experimentierfeld. Wir brauchen dringend einen Politikwechsel in der Bildungspolitik. Die FDP wird dafür sorgen.“